



Aktuelle Debatte

Fraktion SPD

Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und die Folgen für Sachsen-Anhalt

Es wird beantragt, zur 6. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 6./7. Oktober 2011 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

Begründung

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt soll die Vermittlung in Beschäftigung reformiert werden. Die Reform scheint jedoch einer reinen Sparlogik zu folgen. Die Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen, die Kürzung der Eingliederungsleistungen der Jobcenter und der Trägerpauschale für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen sind nur einige Beispiele dafür. Es wird befürchtet, dass zukünftig kaum noch Integrationsangebote unterbreitet werden können. Das Problem der sich verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit wird sich verschärfen. Ein stärkeres Augenmerk auf Bildungsaspekte und eine zukunftssträchtige Fachkräftesicherung finden nicht statt. Wird hier nicht gehandelt, werden Mittel in Form von Sozialausgaben um ein Vielfaches steigen.

Die Kürzungen werden auf Sachsen-Anhalt mit seiner hohen Sockelarbeitslosigkeit enorme negative Folgen haben. Eine Verbesserung der individuellen Förderung von Arbeitssuchenden wird es nicht geben.

Im Sinne der Menschen Sachsen-Anhalts und einer verantwortungsbewussten Investitionspolitik müssen die verbleibenden Mittel so eingesetzt werden, damit Arbeitssuchende mit Vermittlungshemmnissen eine realistische Chance auf Beschäftigung erhalten.

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende

(Ausgegeben am 29.09.2011)